

## **Haushaltsrede 2023**

**Frank Eschrich, Vorsitzender**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

sehr geehrte Damen und Herren,

alle Jahre wieder ist das Schuldenthema Kern jeder Haushaltsdebatte im Pirmasenser Stadtrat. Je nach politischer Absicht, dient die Verschuldung als Begründung für Verweigerung und Tatenlosigkeit oder, Entschuldung genannt, für den Beweis politischer Tatkraft, ganz so, wie man es braucht. Beim heldenhaften Kampf für die Würde der Städte ist die Würde der darin lebenden Menschen leider auf der Strecke geblieben.

Der vorliegende Haushalt wird als historisch gefeiert, weil es mit allerlei Schönfärberei gelingt, für ein Jahr eine schwarze Null auf dem Papier zu generieren, während sich gleichzeitig in der realen Welt die sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen potenzieren. Worin liegt also der Grund für die Feierlaune? Ganz sicher nicht in der Lebenswirklichkeit der großen Masse der Pirmasenser Bevölkerung. Denn für die ändert sich im kommenden Haushaltsjahr exakt nichts, jedenfalls nicht zum Guten. Lässt man die vergangenen Jahrzehnte der Verschuldungs- und Entschuldungsdebatten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene geistig Revue passieren, kommt man auf provokante Gedanken. Ist das Ganze nur politisches Profilierungsgehebe? Geht es tatsächlich um die Schulden oder vielmehr um die Rezepte der beteiligten Köche? Auf Bundesebene wurde jahrelang das Mantra der Schwarzen Null gepredigt, um letztlich einen Schattenhaushalt namens Sondervermögen in die kreative Buchhaltung einzuführen, ähnliches wurde schon vorher in Rheinland-Pfalz praktiziert. Die Kommunen in Rheinland-Pfalz wiederum sollten mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds ab 2012 wieder Luft zum Atmen bekommen, was freilich nie eintrat, stattdessen wuchs ihre Verschuldung kontinuierlich an. 10 Jahre und zwei Landesverfassungsgerichtshofurteile später verschwindet auch der KEF in der Versenkung und wird durch eine neue Augenwischerei ersetzt.

Was aber ist die Essenz und das Fazit für die Menschen im Land? Sie bekommen als Privatperson in der Bäckerei kein Brot, ohne dafür zu bezahlen. Für die staatlichen Ebenen gilt dieses Prinzip nicht. Hier gilt das Machtprinzip, ob in Berlin oder Pirmasens, finanzierbar ist immer das, was politisch gewollt ist, egal wie und wie hoch die Verschuldung dafür auch ausfallen möge. Für alles andere, unerwünschte, ist kein Geld da und die Bittsteller anderer politischer Ansicht bekommen für ihre politischen Vorstellungen mit der Schuldenkeule aufs Haupt.

Dies ändert freilich nichts an der Tatsache, dass wir als Fraktion die eine klare Linie der Pirmasenser Stadtspitze auch weiterhin unterstützen: Werden staatliche und dem Grunde nach gesamtgesellschaftliche Aufgaben auf die Kommunen per Gesetz übertragen, hat der Gesetzgeber die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Und zwar zur Gänze. Und gedeckt durch das einzig seriöse Steuerungsinstrument, nämlich durch Steuern und nicht mit sogenannten Sondervermögen oder dem Prinzip linke Tasche, rechte Tasche. Eine nachhaltige Finanzierung der rheinlandpfälzischen Kommunen ist aber nicht in Sicht. Weder reichen die Landeszuweisungen der Höhe nach aus, noch wird dem Konnexitäts – und Verursacherprinzip Rechnung getragen. Stattdessen steigen die ungedeckten Sozialausgaben in Pirmasens trotz höherer Schlüsselzuweisung weiter kräftig an und begegnet Mainz den steigenden Ausgaben nicht mit einem verfassungsgemäßen und auskömmlichen kommunalen Finanzausgleich, sondern mit einer Umverteilung innerhalb des Systems, die erneut unzureichend ist.

Das Gleiche gilt im Übrigen für die „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)“. Solange das Grundproblem einer kostendeckenden Zuweisung von Finanzmitteln nicht gelöst ist, kann man Buchschulden aus der Vergangenheit tilgen solange man will, an der finanziellen Misere der Gegenwart und der Handlungsunfähigkeit der Kommunen ändert dies gerademaß nichts. Ganz im Gegenteil: Um an dem Altschuldenprogramm teilnehmen zu können, werden die letzten freien Euros aus dem Haushalt heraus gequetscht und wird die ADD erneut versuchen, dem Pirmasenser Stadtrat weitere Steuerhöhungen abzupressen. Unter dem Strich werden Altschulden getilgt während gleichzeitig neue Schulden aus dem defizitären Sozialhaushalt aufgebaut werden. So funktioniert nachhaltige Haushaltspolitik nicht.

Noch im November 2022 waren Pirmasens, als höchst verschuldete Stadt Deutschlands, der Landkreis Kusel sowie der kaum minder verschuldete Landkreis Kaiserslautern, davon ausgegangen, dass sie nicht am geplanten Entschuldungsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz teilnehmen können. Denn als Bedingung für die Teilnahme wurde wiederholt und presseöffentlich ein ausgeglichener Haushalt genannt und zwar nicht nur für ein Jahr, wie in Pirmasens, sondern langfristig. Im kürzlich verabschiedeten Landesgesetz steht dazu die lapidare Aussage, dass die Pflicht zum Haushaltsausgleich unabhängig von einer Teilnahme am Entschuldungsprogramm besteht und durch das Landesgesetz unberührt bleibt. Wie Oberbürgermeister Zwick in der Sitzung des Schulträgerausschuss am 31. Januar öffentlich bekannt gab, habe das Finanzministerium nun mitgeteilt, dass Pirmasens am Altschuldenprogramm auch ohne längerfristig ausgeglichenen Haushalt teilnehmen könne. Ein ausgeglichener Haushalt sei keine zwingende Voraussetzung für die Teilnahme. Hier ist das Land offensichtlich kräftig zurück gerudert, freilich bisher nur informell. Denn eine dahingehende amtliche Verlautbarung gibt es nicht und man muss sich die Frage

stellen, warum nicht schon längst und öffentlich dieser Sachverhalt klar gestellt wurde. Das verleiht dem Ganzen den Charakter eines Kuhhandels und sollte über die Anträge der Kommunen tatsächlich dahingehend entschieden werden, ist dies ein weiteres Stück aus dem Tollhaus der Verschuldungs- und Entschuldungsdebatten der vergangenen Jahrzehnte. In letzter Konsequenz bedeutet dies, dass alles so weiter laufen kann wie bisher und bestätigt meine Eingangsthese. Der Haushaltsausgleich steht genauso auf dem Papier wie das Konnexitätsprinzip, mehr aber auch nicht.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

kommen wir zum Haushalt selbst. Wenn schon der Oberbürgermeister bei der Haushaltseinbringung mit dem ersten Nachtrag winkt und erklärt, dass mit erheblichen Preis- und Kostensteigerungen zu rechnen ist, kann sich jede und jeder selbst ausmalen, was von diesem Haushaltsplan zu halten ist. Es ist erstaunlich, dass man aus der geplatzten Schulrochade nichts gelernt hat. Dreist ist, dass man mit der gleichen Unverfrorenheit wie damals Zahlen in die Welt setzt, von denen schon heute feststeht, dass sie nicht einzuhalten sind. Geplante Kosten 2023 für das Hugo Ball, 3,1 Millionen, Leibniz, 1,4 Millionen, Jugendhaus 5,4 Millionen, Sporthalle 8,6 Millionen, macht zusammen 18,5 Millionen nur für diese Großbaustellen. Das ist selbstverständlich nur eine erste Rate für die Gesamtkosten dieser Projekte, die sich über Jahre, wenn nicht das nächste Jahrzehnt hinziehen werden. Wer nur ein wenig die explodierenden Rohstoff- und Energiepreise oder den Handwerkerangel und die Hemmungslosigkeit der Bauunternehmen berücksichtigt, weiß, welche Beträge am Ende tatsächlich herauskommen werden. Dazu werden weitere Nachträge für den Straßenausbau kommen, der selbstverständlich auch nicht bei den geplanten 5,5 Millionen stehen bleiben wird.

Wenn am Schluss das Doppelte oder Dreifache der geplanten Kosten rauskommt, sind solche Haushaltsplanungen wertlos und mit Schönfärberei noch milde beurteilt. Das Thema kommunales Bauen alleine reicht schon aus, um diesen Haushaltsplan abzulehnen, weil er keine realistische Darstellung der tatsächlichen Aufwendungen enthält und daher nicht dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit entspricht. Jeder weiß, dass die veranschlagten Ausgaben nicht einmal ansatzweise ausreichen werden, sondern weitere Schulden in erheblichen Ausmaß gemacht werden müssen, um diese Investitionen zu stemmen. Und um dem Ganzen keinen falschen Zungenschlag zu geben: Niemand stellt die genannten Investitionen an sich in Frage, ganz im Gegenteil, würden wir uns viele weitere Investitionen in die Daseinsvorsorge und Infrastruktur, gerne auch zum Ausgleich sozialer Härten und Ungleichheit, wünschen. Aber eben nicht zu jedem Preis, den am Ende immer die Bürgerinnen und Bürger zu zahlen haben. Während man Energiepreise deckelt und dabei ein Sakrileg an der reinen Lehre der Marktwirtschaft in Kauf nimmt, scheut man sich weiterhin, Mieten und Baupreise zu regulieren und damit Bürger und Kommunen zu entlasten.

Niemand kann der Stadtspitze, der Verwaltung oder dem Stadtrat die Schuld für die katastrophale weltpolitische Lage geben, die neben unsäglichem menschlichen Leid natürlich auch wirtschaftliche Folgen nach sich zieht, die sich durch Inflation und Rezession extrem spürbar für uns alle auswirken. Aber alleine auf den Ukraine-Krieg

zu verweisen, ist viel zu kurz gegriffen. Zum Beispiel sind die Strompreise seit der sogenannten Liberalisierung des Strommarktes in den 1990er Jahren um mehr als 400 Prozent angestiegen, auch ohne Krieg in Europa. Und die Baupreise schießen schon seit Jahren durch die Decke, da hatte Putin die Ukraine noch nicht überfallen.

Die politische Verantwortung für diesen im wahrsten Sinne unhaltbaren Haushalt kann also nicht ausschließlich mit dem Verweis auf Preis- und Kostensteigerungen als schicksalhaft abgetan werden. Die Mär, wir waren auf einem guten Weg und nun hat uns die böse Realität eingeholt, ist einfach falsch. Wir haben es mit dem gleichen Phänomen wie 2012 zu tun, als man mit aller Gewalt am Kommunalen Entschuldungsfonds teilnehmen wollte. Auch damals wurde solange gefeilt und gedengelt, bis der Haushalt zum Entschuldungsfonds passte. Meine These, dass die Schulrochade beim Erfinden von Eigenanteilen für den KEF zumindest sehr nützlich war, hat bis heute niemand widerlegt. Die einzige Erfolgsmeldung, mit denen die CDU-geführten Stadtspitzen seit Jahren in der Öffentlichkeit punkten, ist der selbstlose Kampf gegen die Bösen in Mainz, die uns Pirmasenser in der Schuldenfalle gefangen halten. Diese Erzählung wird endlos weitergestrickt und soll auch zum nächsten Erfolg bei den Kommunalwahlen 2024 tragen. Deshalb musste der Haushaltsausgleich und die Teilnahme am aktuellen Altschuldenprogramm her, egal wie.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

sehr geehrte Damen und Herren,

mehr braucht man zu diesem Haushalt nicht zu sagen. Beschäftigen wir uns lieber mit Politik. Im März 2022 hatten wir zur Abfederung sozialer Härten bei explodierenden Energiepreisen die Bildung eines Härtefallfonds beantragt. Dieser Antrag wurde zurückgestellt, weil zum damaligen Zeitpunkt noch nicht absehbar war, wie sich die staatlichen Hilfspakete auswirken würden. Nun hat die Stadtverwaltung zusammen mit den Stadtwerken diesen Vorschlag umgesetzt, freilich ohne den Stadtrat damit zu beschäftigen und nur dem Namen nach. Außer der Bezeichnung hat dieses pseudo Hilfsangebot nämlich nichts mit einem Härtefallfonds gemein, wie er in anderen Kommunen praktiziert wird. Die Hürden wurden extrem hoch angesetzt und bisher gab es nur einen einzigen Antrag auf finanzielle Zuwendung, der auch noch abgewiesen wurde. Man hat sich ein soziales Deckmäntelchen umgehängt, mehr nicht.

Gespannt sind wir auf die angekündigten Berichte und Neuerungen im Kulturbereich. Unser dahingehender Antrag wurde politisch geschlachtet und mit voller Absicht als Angriff auf Personen fehlinterpretiert. Wir wollten erreichen, dass das sensible Thema Kultur offen und vom gesamten Stadtrat diskutiert wird. Dies war nicht erwünscht, stattdessen wird der Stadtrat wohl vor vollendete Tatsachen gestellt und darf diese gut oder schlecht finden. Nicht nur wir als Fraktion sind mit der Praxis im Kulturbereich unzufrieden, aus der kulturinteressierten Bevölkerung haben mich ebenfalls Unmutsbekundungen erreicht. Einbrüche bei den Besucherzahlen durch die Pandemiebeschränkungen hat es überall gegeben, nur sind andere Städte besser aus dem Quark gekommen als hier. Für Kultur muss man in der Tat brennen und ein Gespür haben. Dies wird zwar so verlautbart, allein mir fehlt der Glaube.

Stadtentwicklung und insbesondere der Einzelhandel sind ein Trauerspiel. Der zentrale Handelsplatz auf dem ehemaligen Kaufhallengelände mutierte vom großspurig angekündigten Schuhfachmarktzentrum zum Seniorenwohnprojekt mit angeschlossener Bäckerei. Kürzlich ging mit dem Biomarkt ein wichtiger Ankermieter flöten. Die beruhigende Pressemitteilung zum Herunterspielen dieses Problems und möglichen K.O.-Kriteriums war schnell verfasst.

Die Antwort der Stadtverwaltung zu unserer umfassenden Anfrage 2022 zur Stadtentwicklung und zur Umsetzung des Masterplans 2015 war zumindest an einem Punkt interessant. Anfragen zu Verkaufsflächen über 300 Quadratmeter lägen nicht vor und die Post-Covid-Stadt würde eine andere sein. Dieses sybillinische Orakel würde ich persönlich anders formulieren, nämlich konkret: Nachdem das Einzelhandelskonzept die letzten Investoren vergrault hat, wird die Stadt eine leere sein.

Der enge Schlauch der Fußgängerzone soll ein Abenteuerspielplatz für Kinder mit Bachlauf werden, während gleichzeitig die Blechlawine daran vorbei rollt oder den Randstreifen zuparkt. Auf solche Ideen muss man erst mal kommen. Selbstverständlich werden sich die Auto vernarrten Pirmasenser an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten, niemanden gefährden und nur die vorgeschriebenen Parkflächen nutzen. Das Ordnungsamt hat dies bestimmt im Griff, so wie die Helikoptereltern am Fahrschen Wald, die ein brandgefährliches Verkehrschaos verursachen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

mindestens drei Krisen kumulieren gegenwärtig zu einer historisch einmaligen Existenzkrise der gesamten Menschheit: Ukraine-Krieg, Corona-Pandemie, Klimakatastrophe. Die Gefahr eines menscheitsvernichtenden 3. Weltkrieges ist latent. Das Wesen von Existenzkrisen ist, dass sie in vielfacher Hinsicht die Schwächsten am schnellsten und härtesten treffen. Dies gilt global wie lokal.

Sie und ich stehen als Kommunalpolitiker dieser Existenzkrise weitgehend ohnmächtig gegenüber, wenn wir ehrlich sind. Gegen die Krise der regionalen Gesundheitsversorgung und den fortschreitenden Ärztemangel hingegen können wir etwas tun, denn dafür gibt es sinnvolle kommunalpolitische Instrumente, die andernorts erfolgreich Anwendung finden. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Eine Erfolgsgarantie gibt es freilich nicht, aber eine realistische Chance, das finale Praxissterben in Pirmasens zu beenden. Bitte ergreifen Sie diese Chance.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI lehnt den Haushalt und die Haushaltssatzung ab.

Pirmasens, den 13. Februar 2023

Frank Eschrich, Vorsitzender